

Welpen müssen weiter auf ein Zuhause warten

Inzwischen haben sich die Coburger Hundebabys aus dem illegalen Tiertransport erholt. Doch ihre Vermittlung hakt. Es fehlt immer noch die Freigabe.

Coburg – Als vor Weihnachten ein Welpentransport mit 217 Hundebabys im Landkreis Bad Reichenhall gestoppt wurde, kamen acht von ihnen ins Tierheim nach Coburg. Dort wurden sie aufgepäppelt. Nun ist es eigentlich dringend an der Zeit, sie an neue Besitzer zu vermitteln. Allerdings fehlt bisher eine Freigabe. „Es wird nicht einfacher, die Welpen abzugeben, wenn sie noch länger im Tierheim verbleiben, denn gerade jetzt befinden sich die jungen Hunde in einer wichtigen Prägephase, in der ihnen eigentlich die Mutter die Grenzen aufzeigt“, erklärt Tierheimleiterin Sandra Bauer und hofft, dass bis zu einer Entscheidung für die Coburger Welpen Pflegestellen gefunden werden.

Die Verantwortlichen des Tierheimes haben prominente Verstärkung. Die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Susann Biedefeld hat es sich zur Aufgabe gemacht, Tierheimen einen Besuch abzustatten, um zu erfahren, wo der „Schuh drückt“. Und auch sie ist der Meinung, dass grundsätzlich keine Tiere aus illegalen Welpentransporten zurückgeschickt werden dürfen, denn es gehe um das Leben der Tiere. „Allein die Tatsache, dass 53 Welpen,

einer davon in Coburg, auf Grund ihres schlechten Gesundheitszustands gestorben sind, zeigt, dass hier alles versucht werden muss, damit keine Tiere zurückgeschickt werden“, appellierte die Abgeordnete.

Moniert wurde, dass nach der Beschlagnahme die Tierheime nicht über die fehlende Tollwutimpfungen informiert wurden. „Hier haben die Tierheime weitergedacht und die Welpen gleich in Quarantäne gebracht“, erklärt Tierarzt Joachim Lessing. Zudem hatten nicht alle Welpen Papiere und waren nur teilweise gechipt. Auffällig ist, dass alle am 1. September geboren wurden.

Für die noch lebenden Welpen in den Tierheimen sind bisher insge-

samt weit über 170000 Euro an Unterbringungskosten angefallen. Der Kostensatz liegt hier bei 22 Euro pro Tag für jeden Welpen. Hinzu kommen Tierarztkosten, die für die Welpen in Coburg rund 6500 Euro betragen. Mit der Aufnahme der Welpen wurde auch die Umnutzung der Räume auf Zeit nötig, um den Hundewelpen ausreichend Platz zu bieten. „Wir sind momentan in der glücklichen Lage, dass wir ohne größere Probleme die benötigten Kapazitäten vorhalten können“, führt die Vorsitzende des Coburger

Tierschutzbundes Siegrid Ott-Beterke aus. Dennoch fehlt im Coburger Tierheim eine Krankenstation für Hunde, Katzen und Kleintiere und auch im Kleintierbereich gibt es Platzprobleme, um Meerschwein-

chen, Kaninchen und Co. unterzubringen.

Seit 2012 steht der Verein im Gespräch mit der Stadt Coburg, um mit

dem Bau- und Ordnungsamt die Voraussetzungen, die für eine solche Krankenstation nötig sind, zu prüfen. Ein Umbau kommt nicht in Frage, denn würden die zwölf Quadrat-

**„Es wird nicht einfacher, die Welpen abzugeben, wenn sie noch länger im Tierheim verbleiben.“
Tierheimleiterin Sandra Bauer**



Sind inzwischen totfit und so verschmutzt wie verspielt, junge Hunde aus dem illegalen Welpentransport. Foto: Rosenbusch

meter großen Räume mit Mauern weiter verkleinert und dort auch noch Waschbecken und ähnliches eingebaut, ginge der Schuss nach hinten los, sind sich die Verantwortlichen sicher. Durch einen solchen Umbau wäre es dann auch nicht mehr möglich, kurzfristig eine größere Anzahl an Tieren aufzunehmen. Deshalb versucht der Verein nach Möglichkeiten zu suchen, wie er die wichtige Maßnahme selbst schultern kann. „Mit den 65 Cent an Fundtierpauschale und Spenden, die wir glücklicherweise erhalten, kommen wir derzeit ganz gut hin“, führt stellvertretende Kassiererin Daniela Magges aus. Allerdings rechnet die Führungsriege mit knapp 250000 Euro an Kosten, die für einen vernünftigen Erweiterungsbau notwendig sind.

Das Tierheim Coburg ist für 70 Katzen ausgerichtet, hat aber zu Hochzeiten bis zu 150 Stubentiger beheimatet. „In den letzten Jahren haben wir mehr als 400 Katzen kastriert. Dies wurde durch übernommene Patenschaften möglich“, erklärte Tierarzt Joachim Lessing. Da weder Bund noch Land die Verantwortung für die Kastration von Katzen übernehmen wollen, wurde diese auf die Kommunen beziehungsweise auf die Tierheime abgewälzt. „So etwas kann nicht sein“, empörte sich die tierschutzpolitische Sprecherin und verweist auf eine Expertenanhörung im Bayerischen Landtag am 21. April. Schließlich dankte Susann Biedefeld dem Team mit einer Spende.